

Risiko der steigenden Baumaterialpreise nicht einseitig auf Bauunternehmen verlagern

Seit Jahresbeginn kämpft die Bauwirtschaft mit deutlichen Preissteigerungen bei Baumaterialien. Besonders betroffen sind hierbei u. a. Stahl, Kupfer, Bitumen und Dämmstoffe. Innerhalb eines Jahres sind die Kosten für Roheisen und Stahl per März um 17,5 Prozent gestiegen, die Preise für Kupfer liegen um ein Fünftel über dem Vorjahr; Dämmstoffe haben sich um fünf Prozent verteuert. Allein seit Jahresbeginn haben sich darüber hinaus die Preise für Bitumen um ein Fünftel erhöht. Diese Entwicklung birgt die Gefahr, dass die in den vergangenen Jahren in der Bauwirtschaft mühsam aufgebaute Eigenkapitalausstattung bei sinkenden Margen abschmilzt und das Insolvenzrisiko im Baugewerbe wieder steigt.

Die Corona-Pandemie hat nun auch die Auswirkungen auf die Rohstoffmärkte deutlich gemacht. Zum einen wurden weltweite Produktionskapazitäten heruntergefahren, zum anderen führte die mittlerweile anziehende Konjunktur in China und den USA zu einer erhöhten Nachfrage nach Rohstoffen. Hinzu kommen die hohen Preissteigerungen bei Treibstoff sowie gestiegene Frachtkosten.

„Gerade bei lang laufenden Bauprojekten führt diese Entwicklung zu großen Problemen in den Bauunternehmen, wenn noch zu wesentlich niedrigeren Preisen kalkuliert wurde und diese Kosten nicht weitergegeben werden können“, erklärt Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V.

Derzeit bieten viele Baustofflieferanten nur sehr kurze Bindefristen, zum Teil auch nur Tagespreise an. Diese Preissprünge stellen die Unternehmen bei der Kalkulation neuer Aufträge vor immense Probleme und lassen jede Kalkulation zu einem unberechenbaren Risiko werden. Momberg weiter: „Derzeit liegt das Risiko einseitig aufseiten der Auftragnehmer. Gerade bei länger laufenden Bauprojekten fordern wir die Auftraggeber daher auf, sogenannte Stoffpreisgleitklauseln zu vereinbaren, um bei etwaigen Kostensteigerungen einen gerechten Ausgleich zwischen Auftragnehmern und Auftraggebern zu erreichen.“

Die Folgen der gegenwärtigen Lage auf den Rohstoffmärkten werden auch für die Verbraucher spürbar werden, weil Lieferengpässe zwangsläufig auch zu Bauverzögerungen führen. Darüber hinaus wird sich die Entwicklung im Jahresverlauf auch in den Baupreisen widerspiegeln. Nach einem moderaten Preisanstieg 2020 für Leistungen des Bauhauptgewerbes von 1,3 % muss 2021 mit einem Preisanstieg von mindestens 2,0 % gerechnet werden.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 22.04.2021